

Inklusionsschule als Sparmodell

Schüler mit Behinderungen müssen in NRW in Zukunft Regelschulen besuchen. Dieser zwanghafte Sonderweg schadet den Kindern

Alles redet in der Schulpolitik Nordrhein-Westfalens von G8 und/oder G9. Dabei ist die Länge der Gymnasialzeit zwar die bislang strittigste Frage im Vorwahlkampf. Doch mindestens so brisant, wenn nicht gar bedenklicher ist die Problematik der Inklusion, der völligen Umkrepelung des schulischen Umgangs mit Behinderten. In NRW können nämlich immer weniger betroffene Kinder spezifische Förderschulen besuchen, langfristig müssen die meisten am



Schulstruktur. Erfolgreichere Bundesländer stellen die Sonderpädagogik denn auch nicht aufs Abstellgleis.

Für die Radikalstrategie von Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) gibt es also keine Argumente aus der Wissenschaft – allerdings durchaus kräftige aus dem Finanzwesen und aus der Ideologieküche. Zum einen gilt die

soll der Unsinn? Das führt doch ins Abseits!“ Warum geschieht diese Demontage des Bildungswesens so lautlos, werden Bedenken nur im stillen Kämmerlein geäußert, hinter vorgehaltener Hand? Im Parlament stellt nur die FDP kritische Anfragen, die CDU dagegen scheint durch den für Rot-Grün so nützlichen Schulfrieden gelähmt. Vieles paralyisierende Momente

Michael Felten, geb. 1951, Gymnasiallehrer in Köln. Er arbeitet auch als Schulentwicklungsberater, Publizist und Buchautor.

regulären Unterricht teilnehmen. In manchen Stunden betreut sie zwar zusätzlich ein Sonderpädagoge, in vielen anderen aber nicht. Die bisherigen Spezialschulen löst die Schulministerin zunehmend auf, das Elternwahlrecht wird da-

Die Folgen sind: behinderte Kinder, die man nur noch ruhig stellt; Lehrer, die sich vorzeitig pensionieren lassen; eine Heterogenität, die nicht zu bewältigen ist

mit allmählich hinfällig. Das Verkaufsmotto dieses zwanghaften Düsseldorfer Sonderwegs lautet: Nur unter Regelschülern können sich behinderte Kinder gut entwickeln – und darauf haben sie ein Anrecht. Die schon jetzt feststellbaren Folgen aber sind: behinderte Kinder, die man nur noch ruhig stellt; engagierte Lehrer, die sich vorzeitig pensionieren lassen; eine Heterogenität in den Klassen, die sich schlichtweg nicht mehr bewältigen lässt.

Aber ist all das Klagen nicht sinnlos, weil das Prinzip der Inklusion vorgegeben ist? War da nicht irgendwas mit den Vereinten Nationen oder so? Nun, die UN-Behindertenrechtskonvention wollte in der Tat dafür sorgen, dass auch Kinder mit Handicaps freien Zugang zum Bildungswesen haben – aber sie verlangt pikanterweise keineswegs, unsere Förderschulen abzuschaffen. Diese sind ja genau jener Teil des allgemeinen Schulsystems, der spezifische Unterstützung bietet – was laut UN-Konvention ausdrücklich keine Diskriminierung ist. So sieht es auch die Forschung: Entscheidend sind Unterrichtsqualität und Förderressourcen, nicht aber die

Inklusionsschule insgeheim als ergiebiger Sparmodell: Man kann Gebäude abstoßen, Gehälter einsparen, Förderkräfte reduzieren. Regellehrer werden am Wochenende flüchtig mit komplexesten Entwicklungsproblemen vertraut gemacht, hoch qualifizierte Förderlehrer dagegen lässt man jetzt stundenweise beratend von Schule zu Schule rasen, von Schützling zu Schützling.

Aber die Inklusionsschule ist auch ein bildungspolitisches Trojaner. „Gemeinsames Lernen“, das klingt zunächst paradiesisch – es würde aber in letzter Konsequenz das gegliederte Schulsystem sprengen. Wenn jedes Kind jede Schule besuchen könnte und dort nur noch nach seinen Maßstäben gemessen werden würde, dann hätten wir landesweit eine aussagearme Einheitsschule. Wollen wir das wirklich?

Man kann durchaus bestimmte Schüler mit speziellen Beeinträchtigungen erfolgreich an Regelschulen integrieren – aber eben nicht zum Nulltarif. So sind etwa körperbehinderte Kinder gut im Regelunterricht aufgehoben – falls entsprechende Räumlichkeiten und Hilfsmittel vorhanden sind. Auch könnten Migrantenkinder ohne anfängliche Deutschkenntnisse ein Gymnasium besuchen – sofern ihr kognitives Potenzial nach einem Crashkurs Deutsch den Anforderungen dieser Schulform entspricht. Aber es gibt Grenzen des Gemeinsamen. Lehrer können sich nun mal nicht beliebig auf unterschiedlichste Potenziale und Probleme aufteilen. Und „Lernbehinderte“ am Gymnasium, Kinder mit Down-Syndrom an Realschulen – ist das nicht reichlich surreal?

Es steht aber niemand auf und sagt laut und vernehmlich: „Was

sind wohl beim Thema Inklusion im Spiel: Die Hoffnung auf eine insgesamt bessere Gesellschaft, das Mitleid mit dem be-

hinderten Kind eines Freundes, Schuldgefühle angesichts der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Oder ergeben sich Kritiker resigniert der Annahme, gegen „die da oben“ könne man ohnehin nichts machen, auch Rot-Grün sitze einfach alles aus?

Nun, in Vorwahlzeiten nimmt die Politik das Volk vielleicht ernster als sonst. Könnten Eltern nicht für den Erhalt bedrohter Förderschulen kämpfen – und damit für ihre Wahlfreiheit? Sollten Lehrer untragbare Zustände in inklusiven Klassen nicht presse-öffentlich machen – und damit die gängigen Sonntagsreden durchkreuzen? Müssten wir Bürger unsere Abgeordneten nicht peinlichst befragen, wie sie es mit der Inklusion zu hal-

Man kann durchaus bestimmte Schüler mit speziellen Beeinträchtigungen erfolgreich an Regelschulen integrieren – aber nicht zum Nulltarif

ten gedenken – ohne uns von Wohlfühlfloskeln einullnen zu lassen?

Kinder mit und ohne Behinderung dürfen keine Spielbälle sein – weder für Sparfüchse noch für Schulideologen. Die Forderung an die Regierung Düsseldorf kann nur heißen: so viel hochqualitative Integration wie möglich, so viel durchlässige Separation wie nötig! Der Sonderpädagoge Otto Speck nennt dies ein „dual-inklusives Schulsystem“: Jedes Kind soll an dem jeweils sinnvollsten Ort lernen können – und dies kann durchaus auch, wie auf der ganzen Welt üblich, eine Spezialschule oder Separatklasse sein.

www.inklusion-als-problem.de